

»Ich hätte nicht geglaubt, noch einmal hierher zu kommen.«

Schicksale ehemaliger
Zwangsarbeiterinnen und
Zwangsarbeiter und das
Hamburger Besuchsprogramm
2001–2013



Materialien für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit



Landeszentrale
für politische Bildung
Hamburg

INHALT

Einleitung	3
Hinweise zur Verwendung der Handreichung im Unterricht, in der außerschulischen Bildungsarbeit und in der politischen Bildung	5
Arbeitsblätter	7
1 Massenphänomen Zwangsarbeit 7 2 Zwangsarbeit in Hamburg 1939–45 8	
3 Kennzeichnung und Kontrolle 9 4 Alltag 11 5 Kriegsende, Befreiung, Rückkehr 13	
6 Ehemalige Zwangsarbeitende in der Sowjetunion: »Vaterlandsverräter« 14 7 »Kriegsverbrechen« oder »Begleiterscheinung«? 15	
8 Leid als Leid anerkennen – Die späte Entschädigung von Zwangsarbeit 17	
9 Hamburg und die Entschädigung 18 10 »Wiedergutmachen [...] können wir nicht, aber wir können Gesten zeigen« 19	
11 Das Besuchsprogramm: 13 Jahre, 27 Gruppen, 416 Gäste 20 12 »... weil das einfach nur Almosen sind.« 21	
13 »Alle haben gut gearbeitet.« 22 14 Den Ort noch einmal wiedersehen 23	
15 »... da ich damals noch ein kleines Kind war.« 24 16 Menschen, die in Erinnerung geblieben sind 25	
17 Gedenken und Erinnern 26	
Medien zum Thema Zwangsarbeit	27

IMPRESSUM

Herausgeber

Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung | Referat LIF 14 |
Beratungsfeld Gesellschaft-Geschichte-PGW
Dr. Helge Schröder | Felix-Dahn-Straße 3 | 20357 Hamburg
<http://li.hamburg.de/geschichte/>

Landeszentrale für politische Bildung Hamburg
www.hamburg.de/politische-bildung

Öffnungszeiten des Informationsladens:
Montag bis Donnerstag: 12.30 Uhr bis 17.00 Uhr
Freitag: 12.30 Uhr bis 16.30 Uhr
Telefon: 040 428 23-48 08

Konzept, Aufgabentexte und Redaktion

Frauke Steinhäuser | Büro H. Geschichtskommunikation | Hamburg
Layout: Dirk Lau | Hamburg

Titelabbildungen

Oben: 8. Besuchsgruppe, September 2004. Foto: Katharina Hertz-Eichenrode, Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.4.2

Unten: Ukrainische Zwangsarbeiterinnen im Lager Moortwiete in Bahrenfeld, 1943. Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.2

Die Verfasserin hat sämtliche Bildrechte eingeholt.

Mit freundlicher Unterstützung der Stadtarchive Chemnitz und Nürnberg sowie des Denkmalschutzamts Hamburg, Bildarchiv

© Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung
© Landeszentrale für politische Bildung Hamburg
© Hamburg 2014; alle Rechte vorbehalten, insbesondere die der Übersetzung, der Sendung in Rundfunk und Fernsehen und der Bereitstellung im Internet

Diese Publikation basiert auf der Ausstellung »*Ich hätte nicht geglaubt, noch einmal hierher zu kommen.*« Schicksale ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und das Hamburger Besuchsprogramm 2001–2013« des Freundeskreises KZ-Gedenkstätte Neuengamme e.V., die vom 21. August bis 13. September 2014 im Hamburger Rathaus gezeigt wurde.

Mit Unterstützung des Fachverbands
Geschichte und Politik Hamburg (VGD, DVPB)



Gefördert durch die Senatskanzlei der
Freien und Hansestadt Hamburg



EINLEITUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor drei Jahren haben wir Sie gefragt: »Unterrichten Sie die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur ohne einen Bezug zu Hamburg?«. Natürlich nicht, war unsere vorweggenommene Antwort, denn zentrale Dimensionen dieser dunklen Phase unserer Geschichte lassen sich über die Verbindung zu einem konkreten Ort oder zu einer Person besser erschließen als über Quellen, die ganz allgemein bleiben oder den Schülerinnen und Schülern fern liegen.¹

Die damals gestellte Frage und die Antwort darauf sind weiter relevant. Daher möchten wir Ihnen nun einen zweiten thematischen Zugang mit Hamburg-Bezug vorschlagen: Die Geschichte der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Hamburg nicht nur während des Zweiten Weltkriegs, sondern auch die Folgegeschichte in den Nachkriegsjahren bis hin zum Besuchsprogramm des Hamburger Senats von 2001 bis 2013.

Diese Handreichung enthält konkrete Unterrichtsvorschläge für den schulischen und außerschulischen Bereich. Sie entstand im Rahmen der Vorbereitung der Ausstellung »*Ich hätte nicht geglaubt, noch einmal hierher zu kommen.*« *Schicksale ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und das Hamburger Besuchsprogramm von 2001–2013*« im August und September 2014 im Hamburger Rathaus, zu der auch ein umfangreicher Begleitband erschienen ist.²

Die vielfältigen Dokumente und Erinnerungen in Verbindung mit den Ergebnissen der Forschung können für die politische Jugendbildung, die schulische Bildung und die politische Erwachsenenbildung gleichermaßen genutzt werden. Insbesondere kann eine Exkursion in die Ausstellung oder an einen anderen außerschulischen Lernort vorbereitet werden.³

¹ Aus dem Vorwort der Handreichung »... und nicht zuletzt Ihre stille Courage«. Hilfe für Verfolgte in Hamburg 1933–1945. Hrsg. vom Referat LIF14 des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung Hamburg (2011), Zitat S. 5. Die Handreichung ist unter <http://li.hamburg.de/geschichte> als PDF-Datei herunterladbar. Einzelne Druckexemplare können über helge.schroeder@li-hamburg.de angefordert werden.

² »Ich hätte nicht geglaubt, noch einmal hierher zu kommen.« Schicksale ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und das Hamburger Besuchsprogramm 2001–2013. Katalog zur Ausstellung des Freundeskreises KZ-Gedenkstätte Neuengamme e. V. in Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme – erstellt im Auftrag der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg. Herausgegeben von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg und der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 2014.

³ Durch die interaktive Karte »Zwangsarbeit in Hamburg«, www.zwangsarbeit-in-hamburg.de, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, erfahren Jugendliche beispielsweise auf einen Blick, wo in ihrer unmittelbaren Umgebung Zwangsarbeit geleistet wurde, und erleben so, wie ein abstraktes historisches Thema plötzlich ganz konkret wird (s.a. diese Handreichung, S. 8).

Ausstellung und Handreichung zeigen, dass es heute nicht mehr so sehr um die Frage »Warum sollen wir uns mit diesen Ereignissen beschäftigen?« geht. Die Dimension der durch das nationalsozialistische Deutschland verübten Verbrechen, die Notwendigkeit der Erinnerung und Aufarbeitung und die Verantwortung aller Deutschen wie auch das Interesse der nachfolgenden Generationen haben diese in den Jahrzehnten nach 1945 immer wieder diskutierte Frage eindeutig beantwortet. Die für uns heute relevantere Frage ist die nach dem »Wie können wir der Ereignisse gedenken?«.

Einen Beitrag dazu möchten wir hiermit leisten. Dabei möchten wir besonders herausstellen, dass das Thema »Zwangsarbeit in Hamburg« auch den Umgang mit den Folgen der nationalsozialistischen Verbrechen bis in die Gegenwart hinein umfasst und damit relevant für das Selbstverständnis unserer Schülerinnen und Schüler ist, die als Bürgerinnen und Bürger Deutschlands (mit und ohne Migrationshintergrund) immer wieder mit der nationalsozialistischen Vergangenheit konfrontiert werden.

Wir danken insbesondere Frau Katja Hertz-Eichenrode vom Freundeskreis der KZ-Gedenkstätte Neuengamme e.V. für das Bereitstellen der vielfältigen Texte und Materialien und Frau Frauke Steinhäuser vom Büro H. Geschichtskommunikation für ihren großen Einsatz bei der Didaktisierung und Gestaltung dieser nun vorliegenden Handreichung. Dem Fachverband für Geschichte und Politik Hamburg als Landesverband des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. danken wir für einen Druckkostenzuschuss.

Dr. Sabine Bamberger-Stemmann
Leiterin der Landeszentrale für
politische Bildung Hamburg

Dr. Helge Schröder
Referat Gesellschaft des Landesinstituts für
Lehrerbildung und Schulentwicklung Hamburg

Hinweise zur Verwendung der Handreichung im Unterricht, in der außerschulischen Bildungsarbeit und in der politischen Bildung

Im Hamburger Rahmenplan Geschichte werden zentrale Ziele des Geschichtsunterrichts formuliert. Dabei heißt es:

»Auf grundlegendem Niveau können die Schülerinnen und Schüler an einem Beispiel Probleme erläutern, welche für die Gegenwart aus der nationalsozialistischen Vergangenheit [...] erwachsen sind [...], verschiedene historische Formen der kollektiven Erinnerung an die NS-Gewaltherrschaft und den Holocaust beurteilen, historische Phänomene und Zusammenhänge anhand von Quellen, Darstellungen und Daten unterschiedlicher Art erarbeiten, geschichtswissenschaftliche und geschichtspolitische Kontroversen diskursiv aufgreifen und sich dabei geeigneter Vergleichskategorien bedienen«.¹

Diese Ziele des aktuellen Hamburger Bildungsplans, die sich so oder ähnlich formuliert in der Mehrzahl der Bildungspläne der Bundesländer findet und die auch auf die außerschulische Bildungsarbeit übertragbar sind, können mithilfe der vorliegenden Handreichung erreicht werden. Sie folgt bestimmten inhaltlichen und didaktischen Prämissen:

- Alle Seiten der Handreichung sind gleich aufgebaut. Einem allgemeinen Darstellungstext folgen unterschiedliche Quellen (Fotos, Textquellen, Plakate) und einzelne weitere Materialien (vor allem Statistiken).
- Es wurde Wert darauf gelegt, authentische Quellen vorzulegen. Auch wenn es den Lernenden nicht immer ganz leicht fallen mag, die Quellen zu »entschlüsseln«, der Mehrgewinn an historischem Einfühlungsvermögen und Anschaulichkeit lohnt diese Mühe. Hierzu gehören auch die Erinnerungen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die einen breiten Raum einnehmen.
- Didaktische Leitlinien dieser Handreichung sind die Vorgaben im Hamburger Oberstufen-Rahmenplan Geschichte. Dazu gehören insbesondere die Multiperspektivität, die Wissenschaftspropädeutik und das Überwältigungsverbot in der politischen Bildung.
- Darstellungstext und Quellen können – müssen aber nicht – mithilfe der Aufgabenvorschläge erschlossen werden.

¹ Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Schule und Berufsbildung (Hrsg.), Rahmenplan Geschichte. Bildungsplan Gymnasiale Oberstufe, Hamburg 2009, S. 16–18

- Die Operatoren in den Aufgaben decken sich mit den Vorgaben für das Zentralabitur in Geschichte. So soll bereits frühzeitig – auch schon in der Mittelstufe – der Umgang mit den entsprechenden Operatoren geübt werden.
- Es werden grundsätzlich Aufgaben auf grundlegendem und auf erhöhtem Niveau angeboten. Beide Aufgabenformate überschneiden sich nicht.
- Beide Aufgabentypen sind auf selbstständiges Arbeiten der Lernenden ausgerichtet und bieten vielfältige Diskussions- und Präsentationsmöglichkeiten an. Damit sind sie auch für die politische Erwachsenenbildung gut geeignet.
- Die Aufgaben auf grundlegendem Niveau dienen der zentralen Erschließung der Inhalte und der Problematik.
- Demgegenüber werden in den Aufgaben auf erhöhtem Niveau beispielsweise weiterführende und vertiefende Recherche- und Präsentationsaufträge angeboten, die über die vorliegenden Materialien hinausreichen. Es bleibt Ihnen als Fachlehrerin und Fachlehrer sowie als Multiplikatorinnen/Multiplikatoren in der Erwachsenenbildung überlassen, geeignete Aufgaben auf erhöhtem Niveau für Ihre Lerngruppe oder einzelne Schülerinnen und Schüler auszuwählen.

Die Handreichung ist auf Einzel- und Doppelseiten ausgerichtet. Sie kann vollständig und systematisch verwendet werden. Es ist aber auch möglich, gezielt einzelne Themenkreise auszuwählen. Nutzen Sie die Materialien so, wie es für Ihren Unterricht/Ihre Lehrveranstaltung und Ihre Schülerinnen und Schüler/Ihre Teilnehmenden optimal passt! Genau so ist es möglich, diese Handreichung als Ganzes oder in Teilen einzelnen Lernenden zur selbstständigen Erarbeitung und Präsentation zu geben.

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Verwendung der Materialien – vielleicht mit dem Ergebnis einer stärkeren »Hamburg-Perspektive«.

Dr. Sabine Bamberger-Stemmann
Leiterin der Landeszentrale für
politische Bildung Hamburg

Dr. Helge Schröder
Referat Gesellschaft des
Landesinstituts für
Lehrerbildung und
Schulentwicklung Hamburg

Frauke Steinhäuser
Büro H.
Geschichtskommunikation

MASSENPHÄNOMENEN ZWANGSARBEIT

Während des Zweiten Weltkrieges stieg der Bedarf an Arbeitskräften wegen der Einberufung von immer mehr Deutschen zur Wehrmacht und der fortschreitenden Intensivierung der Kriegswirtschaft stetig an. Diesem Arbeitskräftemangel wurde mit dem massenweisen Einsatz von ausländischen Arbeitskräften begegnet. Da die Anwerbung auf freiwilliger Basis nicht die gewünschten Erfolge zeigte, wurden mit fortschreitender Kriegsdauer zunehmend Zwangs- und Gewaltmaßnahmen eingesetzt, um Arbeitskräfte zu rekrutieren. Millionen von Frauen, Männern und Kindern aus den besetzten Ländern wurden so zwangsweise zum Arbeits-

einsatz ins Deutsche Reich deportiert. Neben zivilen Zwangsarbeitskräften leisteten auch Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge Zwangsarbeit. Insbesondere sowjetische Kriegsgefangene und Häftlinge der Konzentrationslager waren dabei Lebens- und Arbeitsbedingungen ausgesetzt, die hunderttausendfach zum Tod führten. Von 1939 bis 1945 leisteten über 13 Millionen Frauen, Männer und Kinder Zwangsarbeit im Deutschen Reich. Von ihnen waren 8,4 Millionen zivile Zwangsarbeitskräfte, im NS-Sprachgebrauch »Fremdarbeiter« genannt, 4,6 Millionen Kriegsgefangene und 1,1 Millionen KZ-Häftlinge.



AUFGABE 1 | GRUNDLEGENDE

Arbeitsgleiche Gruppenarbeit + Plenum

M1 Stellen Sie sich vor, dieser Befehl ging an einen ukrainischen Landarbeiter, der eine Frau und vier Kinder hatte. Schreiben Sie aus seiner Sicht einen Brief an seinen Bruder, in dem er seine Lage sowie seine Gedanken und Gefühle angesichts der Arbeitsverpflichtung schildert. Berücksichtigen Sie dabei so viele Informationen aus dem Schreiben wie möglich. Tragen Sie anschließend Ihren Entwurf im Plenum vor und sprechen Sie gemeinsam darüber.

M1 Aufforderung zur Arbeitsaufnahme, Ukraine, 28. April 1943

© Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.2

AUFGABE 2 | GRUNDLEGENDE

Arbeitsgleiche Gruppenarbeit + Plenum

M2 Das Schreiben enthält auch Angaben zum künftigen Arbeitsverhältnis und zur Entlohnung. Arbeiten Sie mithilfe der Informationen auf den Internetseiten

www.zwangsarbeit-archiv.de und

www.nrw-zwangsarbeit.de

heraus, was es mit diesen Zusagen auf sich hatte und werten Sie die Ergebnisse gemeinsam im Plenum aus.

AUFGABE 3 | ERHÖHT

Einzelarbeit + Plenum

Beim Thema Zwangsarbeit gab es anfangs eine Kontroverse zwischen NS-Rasseideologen und NS-Wirtschaftspolitikern. Formulieren Sie zunächst eine Vermutung, worauf diese Kontroverse möglicherweise basierte. Überprüfen Sie anschließend durch eine Internetrecherche, worum es in der Kontroverse genau ging, welche Position jede Seite vertrat und wie der Konflikt schließlich ausging. Begründen Sie zudem, welche Websites Sie für Ihre Recherche ausgewählt haben. – Gemeinsames Auswertungsgespräch im Plenum

ZWANGSARBEIT IN HAMBURG 1939–45

In Hamburg mussten zwischen 1939 und 1945 rund 500.000 Männer, Frauen und Kinder Zwangsarbeit leisten. Oftmals waren sie in umzäunten und bewachten Wohnlagern untergebracht, von denen sie – oft ebenfalls unter Bewachung – täglich zu ihren Arbeitsplätzen und zurück gehen mussten. Manchmal lebten sie auch auf dem Betriebsgelände, in so genannten Fir-

menlagern. Welche Hamburger Betriebe Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter eingesetzt haben und wo diese untergebracht waren, veranschaulicht die interaktive Karte auf www.zwangsarbeit-in-hamburg.de. Sie basiert auf Forschungsergebnissen der Hamburger Historikerin Friederike Littmann.



M2 Interaktive Karte »Zwangsarbeit in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939–1945«

<http://zwangsarbeit-in-hamburg.de>

AUFGABE 1 | GRUNDLEGEND

Einzelarbeit + Plenum

M1 Fassen Sie die Aussagen der Tabelle zusammen. Interpretieren Sie die Zahlen anschließend vor dem Hintergrund des Kriegsverlaufs. – Gemeinsames Auswertungsgespräch im Plenum

AUFGABE 2 | GRUNDLEGEND

Einzelarbeit + Plenum

M2 Überprüfen Sie mithilfe der interaktiven Karte zu Zwangsarbeiterlagern in Hamburg, ob auch bei Ihnen in der Nachbarschaft Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter beschäftigt und untergebracht wurden. Wenn ja, fassen Sie die Informationen aus der Karte zu einem kurzen Text zusammen und ergänzen Sie sie gegebenenfalls mit eigenen Rechercheergebnissen aus dem Internet und vor Ort. Wenn nein, suchen Sie sich ein Lager oder eine Firma aus der Karte heraus, das oder die Sie besonders interessiert, und verfassen Sie dazu einen entsprechenden Text. Stellen Sie Ihre Ergebnisse mit einer kurzen Präsentation dem Plenum vor.

Nationalitäten (in der gewerblichen Wirtschaft eingesetzte ausländische Arbeitskräfte)	März 1941	30. September 1944
Dänen	4.340	1.321
Polen	930	7.243
Belgier	1.071	4.549
Holländer	776	7.063
Italiener	530	17.376
Franzosen	1.172	8.278
Altsowjetisches Gebiet (Ostarbeiter)		11.128
Protektorat »Böhmen und Mähren« (Tschechen)		628
Baltische Länder		1.099
Kroatien		378
Ungarn		323
Schweiz		181
Schweden		138
Slowakei		137
Staatenlose		1.399
sonstige		2.237
Gesamtzahl	8.819	63.478

M1 Herkunftsländer ausländischer Arbeitskräfte in Hamburg

© Friederike Littmann, *Ausländische Zwangsarbeiter in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939–1945*, München 2006, S. 130 u. 610

AUFGABE 3 | ERHÖHT

Arbeitsgleiche Gruppenarbeit + Plenum

Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten viele Hamburger Firmen, die Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter beschäftigt hatten, sich damit zu rechtfertigen, dass ihnen die Arbeitskräfte von den Behörden zugewiesen worden waren. Recherchieren Sie die Plausibilität dieser Begründung und nehmen Sie dazu Stellung.

KENNZEICHNUNG UND KONTROLLE

M1 Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter gestalteten sich gemäß der nationalsozialistischen Rasseideologie sehr unterschiedlich. Während etwa westeuropäischen Arbeitskräften größere Bewegungsfreiheit zugestanden wurde, unterlagen Zwangsarbeitskräfte aus Polen, der Tschechoslowakei, dem Baltikum und der Sowjetunion strengen Regeln. Sie sollten möglichst wenig mit der deutschen Bevölkerung in Berührung kommen, waren in

umzäunten Lagern untergebracht und mussten Kennzeichen tragen, die sie auf den ersten Blick als Angehörige einer im Sinne der NS-Ideologie »minderwertigen« Rasse kenntlich machten. Auf Regelverstöße standen harte Strafen: Verhaftung durch die Gestapo, vorübergehende Einweisung in ein Arbeitserziehungslager oder Überstellung in ein Konzentrationslager. Selbst bei geringfügigen Vergehen oder Sabotageverdacht konnte die Todesstrafe verhängt werden.



M2 Kennzeichen für polnische Zwangsarbeitskräfte

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.2



M3 Kennzeichen für Zwangsarbeitskräfte aus der Sowjetunion

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, F.21

Пам'ятка.	Merkblatt.	Памятный лист.
<p>Для робітників з окупованих бувших радянських районів обов'язкові такі правила:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Всі розпорядження персоналу призначеного для нагляду, повинні безумовно виконуватись. 2. Залишати лагерь або помещання без супроводу наглядачів забороняється. 3. Стат'еві зносини з німецькими громадянами, а також з іноземними робітниками й військово-полоненими караються смертю. Жінки що порушать цю постанову вислатимуться до концентраційних таборів. 4. Ті що відмовляються від роботи, підбурюють інших, або підтримують ворожі до Німеччини наміри вислатимуться до концентраційних таборів. Важкі провини цього характеру каратимуться смертю. 5. Ознаку OST (схід) обов'язково носити на верхньому одязі на грудях праворуч. <p>До того хто виконуватиме дисципліну і добре виконує роботу, буде забезпечено добре відношення.</p>	<p>Für Arbeitskräfte aus den besetzten alt-sowjetrussischen Gebieten gelten folgende Vorschriften:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Den Anordnungen der Aufsichtspersonen ist jederzeit Folge zu leisten. 2. Das Lager oder die Wohnung darf nur in Begleitung einer Aufsichtsperson verlassen werden. 3. Jeder Geschlechtsverkehr mit Personen deutscher Staatsangehörigkeit und mit anderen ausländischen Zivilarbeitern oder Kriegsgefangenen ist bei Todesstrafe verboten. Frauen werden in ein Konzentrationslager eingewiesen. 4. Wer die Arbeit niederlegt, andere Arbeiter aufhetzt, die Arbeitsstelle eigenmächtig verläßt oder reichsfeindliche Bestrebungen unterstützt, wird zur Zwangsarbeit in ein Konzentrationslager eingewiesen. In schweren Fällen wird er mit dem Tode bestraft. 5. Das vorgeschriebene Kennzeichen mit der Aufschrift „Ost“ ist auf der rechten Brustseite der jeweiligen Oberkleidung zu tragen. <p>Wer sich diszipliniert verhält und gute Arbeit leistet, wird anständig behandelt.</p>	<p>Для рабочих из оккупированных бывших советских областей обязательны следующие предписания:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Все распоряжения персонала назначенного для надзора, должны безусловно выполняться. 2. Уходить из лагеря или квартиры без сопровождения надзирающего персонала воспрещается. 3. Половые сношения с немецкими подданными, а также другими иностранными рабочими или военнопленными караются смертной казнью. Женщины нарушившие это правило будут высланы в концентрационные лагеря. 4. Отказывающиеся от работы, подстрекающие других рабочих и поддерживающие враждебные по отношению к Германии намерения — выслаются в концентрационные лагеря. Тяжелые проступки этого характера будут караться смертной казнью. 5. Значек с надписью OST (восток) обязателен к ношению на верхней одежде на правой стороне груди. <p>К тем кто будет вести себя дисциплинированно и хорошо работать, будет обеспечиваться хорошее отношение.</p>

M4 Merkblatt für Arbeitskräfte aus der Sowjetunion in ukrainischer, deutscher und russischer Sprache

Stadtarchiv Nürnberg, C 31/IV Nr. 37

Deutsche!

Wahrt inneren und äusseren Abstand von den Fremdvölkischen.

★
Wer Kriegsgefangene wie Deutsche behandelt, wird zum Verräter am deutschen Volke. — Feind bleibt Feind! —

★
Es ist verboten, mit Kriegsgefangenen aller Länder, mit Polen und Ostarbeitern zu sprechen.

★
Es ist verboten, mit Kriegsgefangenen Polen oder Ostarbeitern an einem Tisch zu essen.

★
Wer seine Ehre nicht wahrt, und sich mit Kriegsgefangenen Polen oder Ostarbeitern einläßt, wird mit Zuchthaus bestraft.

★
Wer Kriegsgefangenen bei der Flucht behilflich ist, oder ihnen Fluchthilfsmittel verschafft Werkzeuge, Zivilkleidung, Landkarten usw. wird mit Zuchthaus bestraft.

★
Jede deutsche Frau ist es den Frontsoldaten gegenüber schuldig, daß sie Abstand von den Fremdvölkischen hält. Die Deutsche Frau muß auch zur Wahrung ihrer Ehre jeden falschen Schein vermeiden.

★
Bleibe dir jederzeit dieser Verantwortung bewußt!

M5 Merkblatt mit Verhaltensregeln für die deutsche Bevölkerung

In: Karl-Heinz Zietlow, Unrecht nicht vergessen. 1933–1945, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge in Langenhorn, Hamburg 1995, S. 60; Datierung 1939–1945

AUFGABE 1 | GRUNDLEGENDE

Plenum

M1, M2, M3 Erläutern Sie, weshalb die polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitskräfte im NS-Regime als »minderwertige« Rasse galten. Recherchieren Sie dazu auch auf der Webseite »NS-Rassenpolitik« des Lebendigen Museums Online, LEMO: www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/rassenpolitik/index.html (Kurz-URL: <http://kurzurl.net/ursHW>)

AUFGABE 2 | GRUNDLEGENDE

Plenum

M3 Begründen Sie vor dem Hintergrund der NS-Rasseideologie den Unterschied in der Bestrafung von männlichen und weiblichen Zwangsarbeitskräften bei Geschlechtsverkehr mit »Personen deutscher Staatsangehörigkeit«.

AUFGABE 3 | ERHÖHT

Arbeitsgleiche Gruppenarbeit

M2, M3, M4, M5 Am 8.3.1940 veröffentlichte das Reichssicherheitshauptamt (d.h. die Zentrale der SS und der Gestapo) die so genannten Polenerlasse. Dazu schrieb der Historiker Ulrich Herbert: »Das Erlasswerk (...) bildete (...) die Grundlage eines umfassenden Systems der Beaufsichtigung und Repression der polnischen Arbeiter. Es ist zudem das Resultat eines mühsam austarierten Herrschaftskompromisses zwischen den verschiedenen Fraktionen der NS-Führung, sollte

sowohl den Erfordernissen der Wirtschaft wie den ideologischen Postulaten des Nationalsozialismus entsprechen und gleichzeitig als politische Antwort des Regimes auf die Herausforderungen der massenhaften Ausländerbeschäftigung die Erwartungen seiner Anhänger befriedigen, die weniger nach wirtschaftlich effektivem Einsatz der Polen als nach der Kodifizierung des eigenen Herrenmenschentums ihnen gegenüber verlangen: der errungene Sieg sollte auch für den kleinen Nazi

Früchte tragen« (Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des ‚Ausländer-Einsatzes‘ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, 2. Aufl., Berlin 1986, S. 76). Arbeiten Sie zunächst in eigenen Worten die Thesen heraus, die Herbert hier aufstellt. Erörtern Sie deren Gültigkeit dann anhand der Materialien **M1–M4**. Begründen Sie zudem, weshalb Sie einige Behauptungen eventuell nicht überprüfen können, und erklären Sie, was Sie wissen müssten, damit es Ihnen möglich wäre.

ALLTAG

Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter aus der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Polen waren in bewachten Lagern untergebracht. Dafür wurden Barackenlager errichtet oder vorhandene Gebäude wie Gaststätten, Lagerhallen oder Schulen zu Lagern umfunktioniert. Das Lager durfte nur mit Erlaubnis verlassen werden, der Weg zur Arbeitsstätte erfolgte unter Bewachung. Zehn bis zwölf Stunden Arbeit täglich waren die Regel, auch Jugendliche mussten schwere körperliche Arbeiten verrichten. Hunger war eine alltägliche Begleiterscheinung für

die osteuropäischen Zwangsarbeitenden, manchmal erhielten sie nur eine Mahlzeit am Tag, die Lebensmittel waren häufig verdorben. Bei Bombenangriffen waren Zwangsarbeitende aus der Sowjetunion und Polen besonders gefährdet, da sie oft keinen Zugang zu den Luftschutzräumen hatten.

Die deutsche Bevölkerung hielt in der Regel den geforderten Abstand zu den ausländischen Zwangsarbeitkräften. Für diese bedeutete schon ein Lächeln oder ein aus Mitleid zugestecktes Butterbrot wertvolle Unterstützung.



M1 Sowjetische Zwangsarbeiterinnen vor ihrer Baracke, 1942

Willi Beutler; Denkmalschutzamt Hamburg – Bildarchiv



M2 Sowjetische Zwangsarbeiterinnen bei Erdarbeiten am Distelkai, 1943

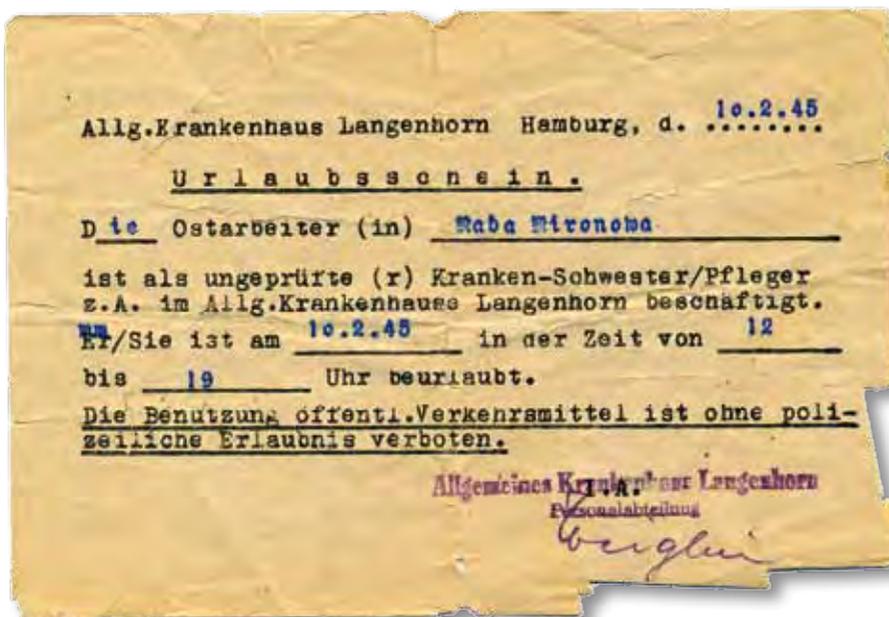
Willi Beutler; Denkmalschutzamt Hamburg – Bildarchiv

M3 »Wir zivilen Ostarbeiter bekamen eine Nummer in großen Ziffern auf die Arbeitsjacke aufgetragen. Ich bekam 179 Gramm Ersatzbrot, sowohl zu Mittag wie auch zu Abend, dazu noch zwei Kellen Suppe [...]. Wir wurden unter Aufsicht von deutschen Militärs [und] Polizisten, die unter den Ostarbeitern rekrutiert worden waren, zur Arbeit gebracht. Das Lager war von einem zweireihigen

Zaun mit Stacheldraht umzäunt. An den Ecken befanden sich Wachtürme. Zweistöckige Pritschen dienten als Betten in einem Blockhaus [Baracke]. Als Bettzeug hatte man Matratzen, Kissen aus Papier, gestopft mit Holzspänen, aber keine Decke. Die Kleidung, in der man zur Arbeit ging, benutzte man, um sich zuzudecken.«

Aus einem Brief des ehemaligen Zwangsarbeiters Iwan Sergejewitsch Moissejenko (*1923) aus der Ukraine an den Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme vom Dezember 2001 über die Lebensbedingungen im Wilhelmsburger Zwangsarbeitslager Langer Morgen II. Iwan Mossejenko war im Mai 1942 als Zwangsarbeiter zur Motorenwerk Hamburg GmbH, einem Betrieb der M.A.N.-Motorenwerke gekommen.

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.1.1



M4 Urlaubsschein für Rada Nikolajewna Mironowa, die als Krankenpflegerin im Allgemeinen Krankenhaus Langenhorn eingesetzt war. Dieser Schein berechtigte sie, das Gelände des Krankenhauses, in dem sie arbeitete und untergebracht war, zu verlassen.

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.2

AUFGABE 1 | GRUNDLEGENDE

Arbeitsgleiche Gruppenarbeit + Plenum

M1, M2 Beantworten Sie folgende Fragen zu jedem der beiden Fotos, formulieren Sie daraus jeweils einen Text und präsentieren Sie die Ergebnisse anschließend im Plenum:

1. Wer ist/war der Fotograf?
2. Was ist auf dem Foto zu sehen?
3. Wie ist es ästhetisch-künstlerisch gestaltet?
4. Wie waren die Umstände der Aufnahme?
5. Was war der Zweck der Aufnahme?
6. Wann wurde die Aufnahme gemacht?
7. Wie wurde sie überliefert?

AUFGABE 2 | GRUNDLEGENDE

Einzelarbeit + Plenum

M3 Stellen Sie Vermutungen darüber an, welche Konsequenzen die beschriebenen Lebensumstände für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter hatten.

AUFGABE 3 GRUNDLEGENDE

Einzelarbeit + Plenum

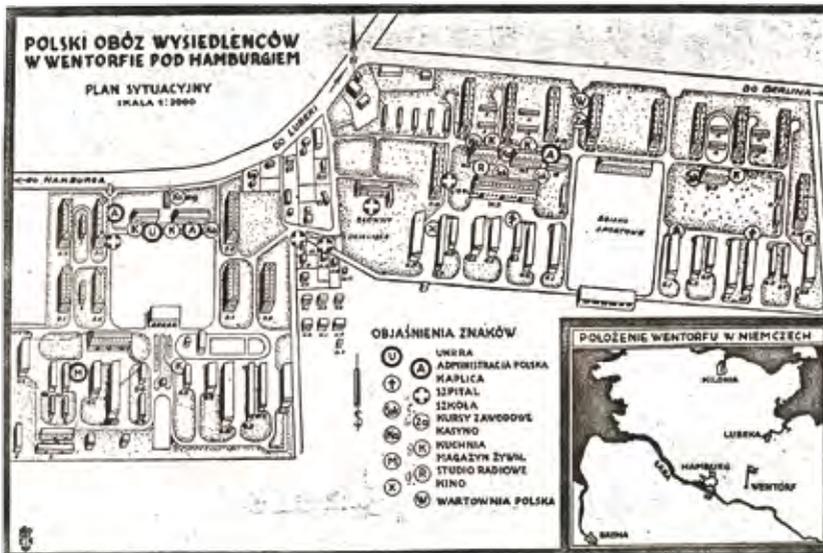
M4 Formulieren Sie mithilfe der Angaben aus dem Urlaubsschein einen Text, der so viel wie möglich über die damaligen Lebensumstände Rada Nikolajewna Mironowas aussagt. Tragen Sie das Ergebnis im Plenum vor.

KRIEGSENDE, BEFREIUNG, RÜCKKEHR

M1 Am 3. Mai 1945 endete der Krieg in Hamburg mit dem Einmarsch der britischen Truppen. Schon in den Tagen zuvor hatte die Arbeit in vielen Betrieben still gelegen, die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter warteten in ihren Lagern auf die Befreiung. Die Briten bemühten sich, die Versorgung der über 100.000 ausländischen Zwangsarbeitskräfte, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge in Hamburg zu organisieren und die allgemeine Ordnung aufrecht zu halten. Bis zum 10. Mai 1945 richteten sie über 570 Lager für »Displaced Persons«

(DP) ein, meist in früheren Zwangsarbeitslagern. Umgehend wurde auch die Repatriierung der Befreiten in ihre Heimatländer organisiert.

Bereits im Frühsommer 1945 waren die meisten Westeuropäer in ihre Heimat zurückgekehrt. Menschen aus Polen, der Tschechoslowakei und den baltischen Staaten standen vor der Entscheidung, ob sie in ihre Heimatländer, die nun im Einflussbereich der Sowjetunion bzw. in deren Staatsgebiet lagen, zurückkehren oder in ein anderes Land auswandern wollten.



M2 Lageplan des Lagers für »displaced persons« in Wentorf

Zeichnung von Edward Kwiatkowski, 1946

Legende:

U – UNRRA

A – Polnische Verwaltung

+ – Kapelle

+ – Krankenhaus

Szk – Schule

Za – Berufskurse

Ka – Kasino

K – Küche

M – Lebensmittellager

R – Rundfunkstudio

X – Kino

W – polnische Wache

M3 »Zuerst waren wir in so einem kleinen Lager, bis wir nach Wentorf transportiert wurden. Dort gab es früher eine große Kaserne, es gab die Hilfe von der UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration, Anm. d. Verf.), englische Kantine und englische Verwaltung für 7000 Personen, dann entstanden noch ein Radiosender und andere Einrichtungen. Diejenigen, die besser ausgebildet waren, unterrichteten z. B. Deutsch oder Englisch. Mein Mann arbeitete dort, er konnte relativ gut malen. Es entstanden dann auch eine Kirche und eine Kapelle. Es gab dort auch noch einen Glasmaler, [er] und mein Mann erledigten verschiedene künstlerische Arbeiten. Es gab auch eine Küche. Die Engländer gaben uns [Lebensmittel]

und wir kochten. 7000 [Polen] plus Ukrainer, zusammen 12.000 Personen, es war ein sehr großes Lager in Wentorf. [...] Es fanden viele Hochzeiten statt [in der Lagerkirche]. Es gab einen Militärgeistlichen. Ich heiratete dann auch. [...] Dann sollten wir nach Eckernförde, so weit weg. [...] In Eckernförde herrschten fürchterliche Bedingungen, nur Baracken. Die Stadt liegt an einer Bucht, dort warteten wir auf den Transport nach Polen, dort bekam ich meinen Sohn, [...] das war 1946. 1947 kehrten wir nach Polen zurück.«

Halina Balicka, Interview, 16.9.2010

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.3.2

AUFGABE 1 | GRUNDLEGENDE

Arbeitsgleiche Gruppenarbeit + Plenum

M1, M2, M3 Recherchieren Sie, worum es sich bei DP-Lagern im Allgemeinen handelte und bei dem Lager Wentorf im Besonderen. Gehen Sie dabei auch auf dessen Geschichte und Gegenwart ein.

Formulieren Sie aus Ihren Ergebnissen einen Text, den Sie im Plenum vortragen.

AUFGABE 2 | GRUNDLEGENDE

Plenum

M3 Überlegen Sie, weshalb Halina Balicka erst drei Jahre nach Kriegsende nach Polen zurückkehrte.

EHEMALIGE ZWANGSARBEITENDE IN DER SOWJETUNION: »VATERLANDSVERRÄTER«

M1 Einem im Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta von den alliierten Mächten unterzeichneten Abkommen folgend, wurden alle sowjetischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger den sowjetischen Behörden übergeben. Das galt auch für die ehemals selbstständigen baltischen Staaten sowie für das östliche Polen, die nun zur Sowjetunion gehörten. Der sowjetische Geheimdienst verhörte die Rückkehrenden mit dem Ziel, vermeintliche Kollaborateure herauszufiltern. Für die ehemaligen »Ostarbeiterinnen« und »Ostarbeiter« war es eine herbe Enttäuschung, im eigenen Land mit Misstrauen aufgenommen zu werden. Von der stalinistischen Bürokratie und

der sowjetischen Gesellschaft wurden sie noch jahrzehntelang als »Vaterlandsverräter« angesehen. Unzählige wurden in sowjetische Arbeitslager eingewiesen.

Bei Wohnortsuche, Berufsausbildung und -ausübung erfuhren sie noch mehr Einschränkungen als Sowjetbürger im Allgemeinen. Selbst in ihren Familien redeten viele ehemalige Zwangsarbeitskräfte nicht über ihr Schicksal. Das änderte sich erst mit der Auflösung der Sowjetunion 1991. Die späte Anerkennung der Zwangsarbeitenden als Opfer des NS-Regimes in Deutschland verbunden mit den Entschädigungszahlungen hatte ebenfalls positive Auswirkungen.

M2 »[Mit meinem Zeugnis] ging ich zur Handelsschule und sie [sagte]: ›Schreiben Sie Ihren Lebenslauf und [füllen Sie] den Fragebogen [aus].‹ Irgendwie füllten nach dem Krieg alle irgendwelche Fragebögen aus. Ich fülle den Fragebogen aus und da war so eine Rubrik: ›Waren Sie im Ausland?‹ Nu, man schreibt, wie es war. Ich schreibe: ›Ja. Ich war.‹ [...] Sie nahm den Lebenslauf in die Hand, dann [fragte sie]: ›Wo waren Sie?‹ – ›In Deutschland.‹ – ›Wissen Sie, dann können wir Sie nicht zum Studium aufnehmen.‹ Ich fragte: ›Warum?‹ – ›Sie fragen noch nach dem Grund! Wir nehmen Sie nicht. Und Schluss. Eine Antwort werden Sie nicht bekommen!«

Klawdija Pantelejewna Agafonowa, Interview, 23.1.2005

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.3.2

Klawdija Pantelejewna wuchs in der Nähe von Kursk bei ihrer Großmutter auf. Im Frühjahr 1942 wurde sie, höchstens 15-jährig, unter Androhung von Maßnahmen gegen ihre Familienangehörigen zur Zwangsarbeit rekrutiert. In Hamburg-Wilhelmsburg arbeitete sie in der Wollkämmerei. Im Herbst 1945 kehrte sie zurück nach Kursk.



M3 Zeitungsartikel, in dem über das Schicksal von Klawdija Pantelejewna Agafonowa und einer weiteren ehemaligen Zwangsarbeiterin in der Sowjetunion der Nachkriegszeit berichtet wird. Titel des Artikels: »Wir sind nicht schuldig!«. Name der Zeitung und Erscheinungsdatum unbekannt.

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.1.1

AUFGABE 1 | GRUNDLEGENDE

Plenum

M1, M3 Stellen Sie eine begründete Vermutung darüber auf, wann der Originalartikel erschienen sein könnte. Diskutieren Sie darüber im Plenum.

AUFGABE 2 | ERHÖHT

Einzelarbeit + Plenum

M1, M2, M3 Verfassen Sie selbst einen journalistischen Artikel, der zu der Überschrift »Wir sind nicht schuldig« gepasst haben könnte und der sich auf die Lebensgeschichte Klawdija Agafonowas bezieht. Tragen Sie den Text im Plenum vor.

»KRIEGSVERBRECHEN« ODER »BEGLEITERSCH EINUNG«?

M1 Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess (1945–1946) wurden »Deportation zur Zwangsarbeit« und »Versklavung« als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft. In der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft galt Zwangsarbeit dagegen als notwendige Kriegsfolge; deutsche Unternehmer behaupteten, vom NS-Staat zum Einsatz ausländischer Arbeitskräfte gezwungen worden zu sein.

Das Bundesentschädigungsgesetz von 1953 regelte nur Ansprüche von Personen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik. Individuelle Ansprüche ausländischer Verfolgter wurden nicht anerkannt. Wirtschaftliche und außenpolitische Gründe veranlassten die Bundesrepublik in den 1950er- und 1960er-

Jahren zur Zahlung von Geldern an Israel, die Jewish Claims Conference, die Entschädigungsansprüche jüdischer NS-Opfer vertrat, sowie an acht westeuropäische Staaten. Diese sollten mit den Geldern Auszahlungen an NS-Verfolgte leisten. Zivile Zwangsarbeitskräfte waren nicht anspruchsberechtigt.

Die Unternehmen I.G. Farben, Krupp, Siemens, AEG und Rheinmetall zahlten bis Ende der 1960er-Jahre etwa 52 Millionen DM an die Jewish Claims Conference, die damit Entschädigungen an ca. 14.800 jüdische Zwangsarbeitskräfte auszahlte. Die Unternehmen handelten im Interesse ihrer internationalen Geschäftsbeziehungen, ein Eingeständnis von Schuld lehnten sie ab.

ZWEI PROZESSE: EHEMALIGE ZWANGSARBEITER FORDERN VORENTHALTENEN LOHN EIN



Norbert Wollheim anlässlich der Wiedereröffnung des jüdischen Friedhofs in Lübeck, 1948

United States Holocaust Memorial Museum (Wollheim-Nachlass), 49079

M2 Norbert Wollheim, 1913 in Berlin geboren, wurde im März 1943 mit seiner Familie nach Auschwitz deportiert. Er leistete Zwangsarbeit im Lager Buna-Monowitz. Nach Kriegsende lebte Wollheim zunächst in Lübeck, bevor er 1951 in die USA emigrierte. Er starb 1998.

M3 Im November 1951 reichte Norbert Wollheim eine Klage gegen die I.G. Farben ein. Er forderte Schmerzensgeld und Entschädigung für vorenthaltenen Arbeitslohn. Das Frankfurter Landesgericht gab ihm im Juni 1953 mit seinem Urteil Recht und verurteilte die I.G. Farben zur Zahlung von 10.000 DM. Diese legte gegen das Urteil Berufung ein. 1957 kam es zu einer außergerichtlichen Einigung zwischen Norbert Wollheim, der zwischenzeitlich hinzugezogenen Jewish Claims Conference und der I.G. Farben: Letztere zahlte

30 Millionen DM an die Jewish Claims Conference, die damit jüdische Überlebende des KZ Buna-Monowitz entschädigte.

Der Wollheim-Prozess war der erste Prozess, bei dem ein Überlebender in einem zivilrechtlichen Prozess gegen ein Unternehmen klagte – und Recht bekam. Die I.G. Farben und in der Folge weitere große Unternehmen hatten starkes Interesse an außergerichtlichen Einigungen, um einen Präzedenzfall und eine Flut weiterer Klagen zu vermeiden.



Adolf Diamant, 1994

© Rafael Herlich, Frankfurt am Main, Stadtarchiv Chemnitz, Bildarchiv

M4 Adolf Diamant, 1924 in Chemnitz geboren, kam über das Getto »Litzmannstadt« (NS-Bezeichnung) und das Vernichtungslager Auschwitz in ein Außenlager des KZ Neuengamme in Braunschweig. Etwa 800 Häftlinge verrichteten dort für die LKW-Fabrik Büssing-NAG Zwangsarbeit. Befreit wurde Adolf Diamant im Auffanglager Wöbbelin bei Ludwigslust von US-Truppen. Er verbrachte einige Jahre in Israel, kehrte jedoch Anfang der 1950er-Jahre nach Deutschland zurück, wo er als Journalist und Historiker tätig war. Adolf Diamant starb 2008.

Auf der Grundlage eines Stundenlohns von einer Reichsmark errechnete das Amtsgericht einen Lohnanspruch in Höhe von 1.778 Reichsmark. Dieser Betrag sei durch die Währungsreform 1948 jedoch im Verhältnis von 10 zu 1 abgewertet worden, somit wurde Diamant die Summe von 177,80 DM zugesprochen. Büssing verzichtete darauf, Widerspruch einzulegen.

M5 1957 forderte Adolf Diamant von der Firma Büssing eine Lohnnachzahlung für die von ihm geleistete Arbeit. Das Amtsgericht Braunschweig urteilte im August 1965 im Sinne Diamants: Sein Anspruch sei weder verjährt, noch gegen andere Entschädigungsleistungen aufzurechnen. Seine Arbeit bei Büssing sei unfreiwillig gewesen, die SS hätte kein Recht gehabt, seine Arbeitskraft an Dritte zu verkaufen.

AUFGABE 1 | GRUNDLEGENDE

Plenum

M1 Erörtern Sie angesichts des Kriegsverlaufs und der Entwicklung der Kriegswirtschaft das Argument deutscher Unternehmen, sie seien vom NS-Staat zum Einsatz ausländischer Arbeitskräfte gezwungen worden. Nehmen Sie anschließend zu dem Argument Stellung.

AUFGABE 2 | ERHÖHT

Arbeitsgleiche Gruppenarbeit + Plenum

M1 Bei der Ablehnung der Forderungen ehemaliger ziviler ausländischer Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter bezog sich die Bundesregierung stets auf das Londoner Schuldenabkommen von 1953 (Artikel 5, Absatz 2) und ordnete Entschädigungszahlungen den Reparationsleistungen zu. Diskutieren und bewerten Sie die Berechtigung einer solchen Zuordnung. Diskutieren Sie Ihre Ergebnisse danach im Plenum.

AUFGABE 3 | ERHÖHT

Einzelarbeit + Plenum

M2, M3 Arbeiten Sie beim Wollheim-Prozess aus den auf der unten genannten Website zugänglichen Quellen und Darstellungen zunächst die Hauptargumente der beiden Parteien (I.G. Farben, Norbert Wollheim) heraus. Nehmen Sie anschließend dazu Stellung und bewerten Sie dabei auch beide Urteile (1. und 2. Instanz).

Quellen: www.wollheim-memorial.de/de/wollheimprozess_19511957

AUFGABE 4 | GRUNDLEGENDE

Plenum

M4, M5 Diskutieren Sie, inwiefern das Urteil des Amtsgerichts Braunschweig gleichzeitig gerecht und ungerecht sein könnte.

LEID ALS LEID ANERKENNEN – DIE SPÄTE ENTSCHÄDIGUNG VON ZWANGSARBEIT

M1 Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Vereinigung Deutschlands sahen die Opfer der Zwangsarbeit in den früheren Ostblockländern erstmals eine Chance, Entschädigungszahlungen zu erhalten. Nach Verhandlungen mit der Bundesregierung entstanden in Polen, Russland, Weißrussland und der Ukraine Anfang der 1990er-Jahre Stiftungen, über die kleine Pauschalbeträge an ehemalige Zwangsarbeitskräfte in den betreffenden Ländern ausgezahlt wurden. Mitte der 1990er-Jahre drohten in den USA Sammelklagen gegen dort tätige deutsche Unternehmen. Angesichts der befürchteten Imageschäden und finanziellen Einbußen baten die betroffenen Unternehmen die Bundesregierung um Unterstützung. Als Ergebnis internationaler Verhandlungen, an denen Vertreter der Bundesrepublik, der deutschen Wirtschaft, der USA, mehrerer ost- und ostmitteleuropä-

ischer Staaten sowie NS-Verfolgtenorganisationen und ihre Anwälte teilnahmen, wurde im Jahr 2000 die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« gegründet. Bundesregierung und deutsche Wirtschaft stellten zu gleichen Teilen insgesamt 10 Milliarden DM (5,2 Mrd. Euro) Stiftungskapital bereit. Im Gegenzug bekamen die deutschen Unternehmen Rechtssicherheit vor weiteren Entschädigungsforderungen zugesichert. Die Partnerorganisationen der Stiftung erhielten nach einem vorher vereinbarten Verteilungsschlüssel Gelder aus Deutschland. Ehemalige Zwangsarbeitskräfte stellten ihre Anträge bei den Partnerorganisationen und erhielten, wenn sie anspruchsberechtigt waren, Leistungen in zuvor festgelegter Höhe. Die Auszahlungen endeten 2007, wie im Gesetz zur Errichtung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« vom 2.8.2000 bestimmt.

M2 Übersicht über die Verteilung der den Partnerorganisationen der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« zur Verfügung gestellten Gelder sowie die Zahl der Leistungsempfänger

Partnerorganisation	Anzahl der Leistungsempfänger	Auszahlungssumme (Euro)
Weißrussland; hiervon	129.000	345 Mio.
– Weißrussland	120.000	325 Mio.
– Estland	9.000	21 Mio.
International Organization for Migration (IOM)	90.000	386 Mio.
Jewish Claims Conference (JCC)	159.000	1,149 Mrd.
Polen	484.000	979 Mio.
Russland; hiervon	256.000	426 Mio.
– Russland	228.000	380 Mio.
– Lettland	13.000	23 Mio.
– Litauen	12.000	18 Mio.
– GUS-Staaten	3.000	5 Mio.
Tschechien	76.000	210 Mio.
Ukraine	471.000	867 Mio.
Gesamt	1.665.000	4,4 Mrd.

Quelle: www.stiftung-evz.de/stiftung/zahlen-und-fakten.html (Zugriff 15.6.2014); Anm. d. Verf.: Die Partnerorganisationen in Weißrussland und Russland sind für die jeweils darunter aufgelisteten Länder zuständig.

AUFGABE 1 | GRUNDLEGENDE

Plenum

M1 Erklären Sie, weshalb die Initiative auch von den deutschen Unternehmen ausging. Nehmen Sie anschließend dazu Stellung.

AUFGABE 2 | GRUNDLEGENDE

Arbeitsteilige Gruppenarbeit, Präsentation und Diskussion im Plenum (ggf. Kopien durch die Lehrerin/den Lehrer)

M1, M2 Im Deutsche Bundestag fanden am 6.7.2000 die abschließende Beratung sowie die Schlussab-

stimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« statt. Fassen Sie in arbeitsteiliger Gruppenarbeit die Hauptargumente jeweils einer der zehn Rednerinnen und Redner zusammen. Präsentieren Sie diese danach im Plenum und nehmen Sie zu den Argumenten Stellung. (Quelle: Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 114. Sitzung, 6. Juli 2000, Plenarprotokoll 14/114, S. 10751–10771, PDF-Download von <http://suche.bundestag.de/plenarprotokolle/search.form#>)

HAMBURG UND DIE ENTSCHÄDIGUNG

M1 1994 wandten sich neun polnische ehemalige Häftlinge des KZ Neuengamme an die Hamburgische Electricitäts-Werke AG (HEW) und machten einen Anspruch auf Entschädigung geltend. Sie hatten im KZ-Außenlager Alt-Garge beim Bau einer Kraftwerksanlage für die HEW gearbeitet. Die HEW lehnten individuelle Entschädigungszahlungen ab, überwiesen 1995 aber einen »namhaften« (Zitat HEW), in der Höhe jedoch nicht bekannten Betrag an die Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung mit der Auflage, vorrangig Leistungen an die ehemaligen KZ-Häftlinge des Lagers Alt-Garge auszuführen.

Im August 1999 klagte eine ehemalige Zwangsarbeiterin aus Polen vor dem Hamburger Arbeitsgericht und forderte von der Stadt Hamburg, für die sie hatte arbeiten müssen, 25.636 DM Arbeitslohn und Schmerzensgeld. Ein vom Arbeitsgericht vorgeschlagener Vergleich wurde von der Stadt abgelehnt.

Juristisch ging es um die grundsätzliche Frage, ob für die Klagen ehemaliger Zwangsarbeitskräfte die Arbeitsgerichte oder die Zivilgerichte zuständig seien. Im Februar 2000 entschied das Bundesarbeitsgericht, dass derartige Klagen vor den Zivilgerichten zu verhandeln seien. Angesichts der kurz vor dem Abschluss stehenden internationalen Verhandlungen zur Einrichtung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« wurde der Fall in Hamburg jedoch nicht weiter verfolgt.

Die Hamburgische Bürgerschaft und die Handelskammer warben in den Jahren 2000 und 2001 bei den Hamburger Unternehmen um eine möglichst große Beteiligung am Entschädigungsfond der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«. Schließlich leisteten 410 Hamburger Unternehmen (von etwa 5.600 angesprochenen Betrieben) einen Beitrag.

M2 *»Wenn man die HEW-Geschichte zwischen 1933 und 1945 aus der Zeit heraus betrachtet, dann war unser Unternehmen ein ganz normales Energieversorgungsunternehmen. Aber eine solche Betrachtungsweise ist verkürzt und unzulässig. Die Zeit war nicht normal. Das Regime war menschenverachtend. Auch wenn keiner von uns persönlich schuldig ist, so haben wir doch eine Gesamtverantwortung für unsere*

gemeinsame Vergangenheit. Das gilt auch und insbesondere für den Einsatz von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern zum Bau des Kraftwerkes Ost-Hannover [in Alt-Garge].«

© HEW Pressedienst, Heute – Nachrichten und Aktuelles, N & A 37/94 (1994)

AUFGABE 1 | GRUNDLEGENDE

Arbeitsgleiche Gruppenarbeit

M1 Erforschen Sie zunächst die Geschichte des Zwangsarbeiterlagers in Alt-Garge bis heute und fassen Sie dazu die Informationen folgender Websites quellenkritisch zusammen:

www.geschichtsspuren.de/artikel/32/66-alt-garge-kraftwerk-ost-hannover.html

www.alt-garge.de/geschichte.php

www.lzplay.de/videos/1687-lost-places-kohlekraft-aus-alt-garge

Entwerfen Sie anschließend ein eigenes Drehbuch für einen Kurzfilm zum Zwangsarbeiterlager in Alt-Garge.

AUFGABE 2 | GRUNDLEGENDE

Einzelarbeit

M1, M2 Erörtern Sie das Verhalten der HEW im Rahmen der Diskussionen zur Zwangsarbeiterentschädigung. Gehen Sie dabei von dem Zitat **M2** aus und berücksichtigen Sie bei Ihrer Erörterung die Rolle der HEW während der NS-Zeit. Dokumentieren Sie außerdem Ihr Vorgehen bei der Recherche.

»WIEDERGUTMACHEN [...] KÖNNEN WIR NICHT, ABER WIR KÖNNEN GESTEN ZEIGEN«*

Im Zuge der Diskussion um die Entschädigung entstand die Idee, dass Hamburg neben der finanziellen Beteiligung am Entschädigungsfonds ein persönliches Zeichen der Anerkennung an jene senden sollte, die als Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der Hansestadt gearbeitet hatten: eine Einladung, als willkommener Gast Hamburg zu besuchen. Das Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wurde Ende des Jahres 2000 von Senat und Bürgerschaft beschlossen. Es richtete sich an ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbei-

ter im früheren Ostblock, die bedingt durch die politische Ordnung im Europa der Nachkriegszeit bisher kaum die Möglichkeit gehabt hatten, nach Hamburg zu reisen. Mit der Durchführung des Besuchsprogramms wurde der Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme e.V. beauftragt, der mit Besuchsgruppen ehemaliger Häftlinge des KZ Neuengamme bereits entsprechende Erfahrungen gesammelt hatte. Ab 2001 wurden jährlich zwei Gruppen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter eingeladen.

M1 »Ich möchte sehr [gerne] nach Hamburg kommen, mit meiner Tochter, sie ist doch dort geboren. Ihr Vater ist im Lager Wilhelmsburg ums Leben gekommen.«

Tatjana Spiridonowna Doduch (*1921) aus der Ukraine in einem Brief an den Freundeskreis von Oktober 2001

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.1.1

M2 »Ja, ich möchte gerne die Orte sehen, wo drei Jahre meiner Jugend vergangen sind. Ich war damals 15. Ich kann mir gut vorstellen, wie sich heute dort alles verändert hat. Im Jahre 1942 war das eine schöne Hafenstadt. 1944/1945 zerfiel die Stadt durch die englisch-amerikanischen [Luft-]Angriffe in Ruinen.«

Klawdija Pantelejewna Agafonowa (*1927) aus Russland in einem Brief an den Freundeskreis von Februar 2003

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.1.1

M3 »Kategorisch verweigere ich diese Reise. Diese ›Einladung‹ erstaunt mich sehr – ich habe keine Lust, mir Orte anzusehen, an denen ich und andere junge

Polen ausgebeutet und verfolgt wurden. Wie stellt ihr euch das vor? Ihr habt uns zur Zwangsarbeit deportiert, die wir unter dramatischen Umständen leisten mussten, und dann denkt ihr, ich hätte Lust, an diese Orte zurückzukehren, um sie mir noch mal anzusehen? Ihr habt euren Wohlstand dank der Ausbeutung von Polen unterschiedlichen Alters [erlangt], und im Tausch schlagt ihr irgendeine dumme Reise vor?«

Zdzisław Romiński (geb. 1925) aus Polen in einem Brief an den Freundeskreis von Mai 2011

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.1.1

M4 »(...) Schon immer wollte ich Hamburg besuchen. Dort wurde meine Mutter, Natalia Skrzypek, auf dem Friedhof Ohlsdorf beerdigt: in der Hauptallee, in der Nähe der Christus-Figur nach rechts, in der 3. Reihe, dort standen damals, 1942, drei Birken.«

Janusz Skrzypek (*1937) aus Polen in einem Brief an den Freundeskreis von November 2011

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.1.1

AUFGABE 1 | GRUNDLEGENDE

Plenum

M1, M2, M3, M4 Listen Sie die Gründe auf, weshalb die Eingeladenen wieder nach Hamburg kommen wollten. Gab es Gründe, die Sie nicht erwartet hatten? Diskutieren Sie darüber.

AUFGABE 2 | GRUNDLEGENDE

Plenum

M3 Ablehnende Reaktionen wie diese gab es selten. Nehmen Sie zu den Argumenten in **M3** Stellung und diskutieren Sie, warum viel leicht es nur wenige ablehnende Reaktionen gab.

AUFGABE 3 | GRUNDLEGENDE

Plenum

Der Senat führt das Besuchsprogramm für jüdische ehemalige Hamburger Bürgerinnen und Bürger seit 1965 durch. Erörtern Sie, weshalb möglicherweise ein Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeitskräfte erst viel später eingerichtet wurde.

* Eleonore Rudolph, ehemalige CDU-Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft, während der Plenardebatte zum Antrag der Gruppe REGENBOGEN zu im Auftrag Hamburgs eingesetzten NS-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeitern am 13.10.1999; Drucksache 16/3094

DAS BESUCHSPROGRAMM: 13 JAHRE, 27 GRUPPEN, 416 GÄSTE

Von 2001 bis 2013 besuchten 416 ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter im Rahmen des Besuchsprogramms Hamburg, dazu kamen noch einige Einzeleinladungen. Von 2002 bis 2005 wurden auch die Besuchsgruppen ehemaliger Häftlinge des KZ Neuengamme, wie sie der Freundeskreis seit 1995 regelmäßig nach Hamburg einlud, über das Besuchspro-

gramm des Senats finanziert. Die Mehrzahl der Gäste kam ohne Begleitperson – nur so konnte gewährleistet werden, dass möglichst viele der direkt Betroffenen eine Einladung nach Hamburg bekamen. Ältere Personen wurden vorrangig eingeladen, aber auch Personen, die als Kinder mit ihren Eltern nach Hamburg gekommen waren oder in Hamburg geboren wurden.

M1 Statistik

483 Personen kamen in 27 Gruppen nach Hamburg: 416 eingeladene Zeitzeugen (411 Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter sowie 5 Häftlinge des KZ Neuengamme) und 67 Begleitpersonen. Hinzu kamen 4 Gruppen mit ausschließlich ehemaligen Häftlingen des KZ Neuengamme (107 ehemalige Häftlinge sowie 4 Begleitpersonen).

M2 Geschlecht

(nur zu den Gruppen ehemaliger Zwangsarbeitskräfte)
186 Männer / 230 Frauen

M3 Herkunftsländer zurzeit der Einladung

Weißrussland	85
Polen	94
Ukraine	139
Russland	62
Lettland	16
Litauen	1
Tschechien	19

M4 Geburtenjahrgänge

1920	1	1940	6
1921	13	1941	9
1922	4	1942	3
1923	16	1943	11
1924	36	1944	26
1925	55	1945	11
1926	51		
1927	43		
1928	23		
1929	16		
1930	15		
1931	13		
1932	18		
1933	7		
1934	4		
1935	11		
1936	6		
1937	8		
1938	5		
1939	5		

AUFGABE 1 | GRUNDLEGENDE

Arbeitsgleiche Gruppenarbeit + Plenum

M1 Setzen Sie diese Zahlen ins Verhältnis zu der Gesamtzahl an Zwangsarbeitskräften in Hamburg (rund 500.000). Erklären Sie die Differenz.

AUFGABE 2 | GRUNDLEGENDE

Arbeitsgleiche Gruppenarbeit + Plenum

M2, M3, M4 Fassen Sie für jede Tabelle die wichtigste Aussage zusammen und formulieren Sie Gründe für die Verteilung der Daten. Begründen Sie außerdem, ob die Zahlen plausibel sind.

AUFGABE 3 | GRUNDLEGENDE

Arbeitsgleiche Gruppenarbeit + Plenum

Recherchieren Sie: Gibt es vergleichbare Besuchsprogramme auch an anderen Orten? Wenn ja, welches sind die Gemeinsamkeiten, welches die Unterschiede? Bewerten Sie Ihre Ergebnisse und tragen Sie sie anschließend im Plenum vor.

»...WEIL DAS EINFACH NUR ALMOSEN SIND.«

Stanisław Głowiński (*1928) aus Polen hatte mit 14 Jahren zunächst in Polen für eine deutsche Baufirma arbeiten müssen, bis er im April 1943 zur Zwangsarbeit nach Hamburg geschickt wurde. Er arbeitete für verschiedene Baufirmen (u. a. Heinrich Hoepner, Dyckerhoff & Widmann KG.), die im Hafen im Auftrag der Kriegsmarine Luftschutzeinrichtungen bauten. Als er

im April 2001 mit der ersten Besuchsgruppe nach Hamburg kam, herrschte bei den ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern noch viel Unsicherheit über die Auszahlung der Entschädigung. Wann würden die Auszahlungen beginnen? Würde genügend Geld für alle da sein?

Die folgenden Zitate sind Ausschnitte aus einem Interview mit Stanisław Głowiński am 6.4.2001 in Hamburg.

M1 »Also es kam die Benachrichtigung [...] Ich [bin] mit meiner Mutter dorthin gegangen, ich war noch ein junger Knabe, gerade 14 geworden. [...] Und dann bekam ich sofort eine Einweisung für einen Kurs für Maurer und landete schließlich in einer Firma. Nach einiger Zeit bekam ich dort von einem Meister gesagt, dass ich mich wieder beim Arbeitsamt melden soll. So ging ich, mit der Mutter natürlich, hin und erfuhr [...], dass ich zur Arbeit nach Deutschland beordert bin. Ich erinnere mich noch, wie meine Mutter weinte, wie sie versucht hat, den Beamten umzustimmen, dass sie allein mit den Kindern ist, dass der Vater nicht mehr lebt, dass ich der Älteste bin. Es half nichts.«

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.4.2

M2 »Der Tod drohte uns allen gleichermaßen. Den Deutschen wie auch uns. Weil, die, die da oben geflogen sind, die Bomben geworfen haben, [...] die sahen uns nicht, [...] sie führten ihre Befehle aus, und wir hier erlebten gemeinsam diese Hölle. Obwohl diese Hölle [...] für die hamburgische Bevölkerung [...] einen anderen Aspekt [hatte], [...] als für uns, die verschleppt und gefangen waren. Für uns bedeuteten [die Luftangriffe] auch eine gewisse Hoffnung, uns drohte zwar der Tod, aber wir hatten auch eine gewisse Hoffnung, dass [die Gefangenschaft] ein Ende findet. Für die deutsche Bevölkerung, vermutete ich, war das anders.«

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.4.2

M3 »[...] wir sollen das nicht Entschädigung nennen, weil das nur einfach Almosen sind. Nur, lieber einen Spatz in der Hand, als eine Taube auf dem Dach. [...] sehen Sie, es sind schon fast drei Jahre vergangen, Termine wurden verschoben. Anfangs hieß es, die Firmen sind nicht einverstanden. Sehen Sie, wenn ich entscheiden könnte, dann hätte man diese ganze Sache anders gemacht.

Es wäre in einem Monat realisierbar. [...] Einige [Firmen] haben gezahlt, einige nicht. Alles auf der Basis der Freiwilligkeit. Aber warum hat man nicht genau berechnet, wie viel Nutzen [die Firmen] hatten? Und wenn so eine Firma immer noch existiert, dann sollte man die Freiwilligkeit streichen. [...] Ich bin sauer auf die deutsche Regierung, dass sie nicht in der Lage ist, so eine Gesetzesgrundlage zu schaffen, die es ermöglicht, sogar die, die sich weigern, zur Zahlung zu zwingen. [...] Es geht um alte Leute, die stehen schon vor dem Grab. Das muss man so schnell wie möglich erledigen. Es gibt genug Mittel, um so was zu schaffen. Ja, über diese Summe [10 Mrd. Mark] redet man schon drei Jahre lang, schon vor zwei Jahren wollte man mit der Auszahlung beginnen. Dann im [letzten] Jahr im Mai, habe ich gehört, dass irgendwelche Gerichte in Amerika diese Sache verschleppt haben. Ich habe wirklich keine Ahnung, ob ich diese [Entschädigung] erleben werde, diese Genugtuung, ich weiß es nicht. Und das, was man erlebt hat, kann man doch nicht mit dem Geld verrechnen. Und wenn ich letztendlich sogar diese 4.000 Mark bekäme, dann ist das nichts im Vergleich zu dem, [was ich erlebt habe].«

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.3.2

AUFGABE 1 | GRUNDLEGENDE

Einzelarbeit + Plenum

M1, M2, M3 Wer den historischen Hintergrund nicht kennt, auf den sich Stanisław Głowińskis Ausführungen beziehen, kann diese nicht nachvollziehen. Ergänzen Sie daher die einzelnen Interviewausschnitte durch erläuternde Einführungen in den jeweiligen historischen Zusammenhang und berücksichtigen Sie dabei möglicherweise unterschiedliche Sichtweisen. Finden Sie zudem für jeden Ausschnitt eine aussagekräftige Überschrift. Tragen Sie Ihre Ergebnisse im Plenum vor.

»ALLE HABEN GUT GEARBEITET.«

Aus den Interviews, die im Rahmen des Besuchsprogramms von 2001 bis 2013 entstanden:

M1 Soja Fjodorowna Korobeinik (*1929) aus Weißrussland:

»Als es 1943 eine Wende im Kriegsgeschehen gegeben hat, zogen sich die Deutschen zurück. Ihre Vergeltungskommandos haben ganze Dörfer verbrannt. Manchmal haben sie die Menschen in einem Schuppen eingesperrt und dann den Schuppen angezündet, und manchmal haben sie die Menschen verjagt und erst dann das Dorf angezündet. Unser Dorf wurde verbrannt. Wir wurden weggejagt und haben zugesehen, wie unser Dorf verbrannt wurde. Was konnten wir mitnehmen? Wir haben nichts mitgenommen. Außer vielleicht etwas Kleidung. [...] Wir wurden von allen Seiten von den Deutschen bewacht. [...] Wir sind bis zu einer Eisenbahnstation gegangen. [...] Wir sind in Güterzüge eingestiegen, mit denen wir hierher [nach Hamburg] gekommen sind.«

Interview am 9.5.2003 in Hamburg

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.3.2

M3 Janina Nowińska aus Polen (*1925):

»Eines Nachts hörten wir ein heftiges Hämmern [...] an der Tür, mein Vater stand auf, öffnete die Tür. Sie nannten meinen Namen, ich sollte mich anziehen und mitkommen. [...] Es geht auch darum, dass ich in Tomaszów Mazowiecki angefangen hatte zu arbeiten [...]. Ich bekam so eine Arbeitskarte, jeder musste eine Arbeitskarte haben, ich hatte auch eine solche Karte, sie blieb jeden Monat im Betrieb, weil sie gestempelt wurde, am nächsten Tag bekam man sie gestempelt zurück. Ausgerechnet in dieser Nacht, als die Karte im Betrieb war, in dieser Nacht kamen sie, ich befand mich auf einer Kontingentliste, sie holten mich ab, weil ich verschleppt werden sollte. Sie kamen und fragten nach der Arbeitskarte. Meine Mutter sagte: »Aber meine Tochter arbeitet!« »Arbeitskarte!« »Sie hat sie gerade nicht dabei, weil sie in Ihrem Betrieb gestempelt wird!« »Dann kommt sie mit, da sie keine Arbeitskarte hat.« Am nächsten Morgen brachte meine Mutter die Karte vorbei, aber sie war nicht mehr nötig, ich war schon abtransportiert.«

Interview am 11.9.2010 in Hamburg

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.3.2

M2 Soja Fjodorowna Korobeinik über die Lebens- und Arbeitsbedingungen im AK St. Georg, wo sie und ihre ganze Familie Zwangsarbeit leisten mussten:

»Im Krankenhaus wurden wir nicht beleidigt. Wir alle haben gut gearbeitet. Niemand war faul. Niemand hatte etwas gegen uns. Wir haben all das erledigt, was uns gesagt wurde. Die Krankenschwestern waren nett mir gegenüber, obwohl ich noch so jung war. (...) Manchmal haben sie mir etwas zu essen gegeben. Wenn ich zur Arbeit kam, standen dort schon ein belegtes Brot und ein Kaffee. (...)«

Interview am 9.5.2003 in Hamburg

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.3.2

M4 Janina Nowińska über die Lebens- und Arbeitsbedingungen bei den Kap-Asbest-Werken in Bergedorf:

»Unsere Verpflegung war äußerst knapp, ein Schälchen, ein kleines Suppenschälchen [...] Steckrüben oder Kohl. Wir mussten uns das alles noch selbst zubereiten, nach 12 Stunden Arbeit [in der Fabrik] gab es noch Küchendienst, man musste in die Küche gehen, Kartoffeln schälen. [...] Zum Abendessen gab es eine kleine Scheibe Brot, und wir waren ja jung; Hungerrationen waren das. Noch schlimmer waren die Luftangriffe. Kaum hatte man sich hingelegt, als die Bombardierungen losgingen. Schon heulten die Sirenen, also schnell in den Bunker. Dann wurde der Alarm zurückgesetzt, wieder schlafen, wieder die Sirenen, und das alles drei, viermal pro Nacht. Und am nächsten Morgen zurück an die Arbeit, das war das Schlimmste, kaum geschlafen, übermüdet musste man arbeiten, und der Hunger noch dazu. Die Bedingungen in der Fabrik waren so fürchterlich, aber man musste irgendwie überleben.«

Interview am 11.9.2010 in Hamburg

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.3.2

AUFGABE 1 | GRUNDLEGENDE

Arbeitsgleiche Gruppenarbeit + Plenum

M1, M2, M3, M4 + Arbeitsblatt 15, M2, M3

Arbeiten Sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den verschiedenen Schilderungen heraus. Tragen Sie die Ergebnisse zusammen.

DEN ORT NOCH EINMAL WIEDERSEHEN

Aus den Interviews, die im Rahmen des Besuchsprogramms von 2001 bis 2013 entstanden:

M1 Klawdija Pantelejewna Agafonowa (*vermutl. 1927) aus Russland arbeitete in der Wollkämmerei Wilhelmsburg.

»Meine Orte nenne ich sie. Als wir zur Fabrik fahren – was [heute] dort drin ist, interessierte mich nicht. Ich sah den Weg, den gepflasterten Weg, der schon so abgenutzt war, fast in der Erde verschwunden. Ja, das ist mein Weg! Das war eine Freude für mich. Dass ich das, was mir [damals] nahe war, berühren konnte. [...] Ich kann dieses Gefühl der Freude, das ich hatte, als ich den Bunker [Flakbunker in Wilhelmsburg] sah, gar nicht wiedergeben. Ich fing [...] nicht an zu weinen, sondern freute mich. Das ist mein Bunker. Verstehen Sie? Was das für ein Gefühl war! Freude!«

Interview, 23.01.2005

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.3.2

M3 Aleksei Fjodorowitsch Mamon (1924–2005) aus der Ukraine musste im Hafen in Schuppen 43 arbeiten und wohnen.

»Ich habe sogar mein Lager gesehen. Es steht noch. Es ist etwas verändert worden. Die Anlegestelle wurde etwas zum Wasser hin erweitert. [...] Früher lief dort ein Kran, er war ganz klein, während jetzt so ein Riese da steht. Mir ist auch aufgefallen, dass es auch etwas breiter geworden ist. Auf der anderen Seite war [früher] eine Rampe zu sehen, jetzt steht dort nichts mehr. Dann kommt noch das Glas dazu. Früher standen die Schuppen voneinander getrennt, man musste aus einem Schuppen herausgehen, wenn man in den anderen hinein wollte. Es war alles eng beieinander: hier wohnten

AUFGABE 1 | GRUNDLEGENDE

Arbeitsgleiche Gruppenarbeit

M1, M2, M3 Die ehemaligen Zwangsarbeitskräfte kamen mit dem Wunsch nach Hamburg, die Orte wiederzusehen, an denen sie arbeiten und wohnen mussten. Analysieren Sie ihre Aussagen nacheinander anhand folgender Fragen:

- 1 Was erzählt sie/er zum Thema Zwangsarbeit?
- 2 Was war für sie/für ihn an dem jeweiligen Ort besonders wichtig und besonders beeindruckend?
- 3 Welche Gefühle drückt sie/er aus?
- 4 Was ist für Sie besonders wichtig und besonders beeindruckend?

M2 Rada Nikolajewna Masalewskaja (*1925) aus der Ukraine

»Gestern bin ich in unser Krankenhaus gefahren: Krankenhaus Langenhorn, Ochsenzoll, Krankenhaus Ochsenzoll, und habe dort diese Stelle wieder gefunden, auf der unsere Baracken gestanden haben, genau diese Stelle. [...] Dort steht jetzt ein mehrstöckiges Gebäude – meiner Meinung nach von der Erste-Hilfe-Station – mit einem Krankenwagen davor geparkt. [...] Ich ging durch den Wald und sah plötzlich eine Sitzbank, auf der »Russland«, »UdSSR« geschrieben steht – und noch ein Sternchen dazu. Ich habe diese Sitzbank fotografiert. Ich ging durch diesen Wald, voller dankbarer Gefühle zu all diesen Bäumen, die unser Leben damals so verschönert haben.«

Interview am 24.10.2002 in Hamburg

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.3.2

wir und hier arbeiteten wir. Und jetzt ist alles unter Glas und schaut so aus, als wäre es ein ganzer Komplex. Es sind ja viele Jahre vergangen, einiges wurde umgebaut. Die Nummer meines Schuppens war die Nummer 43. Ich habe ihn jetzt auch erkannt, die Fassade habe ich erkannt. Den roten Klinker habe ich sofort erkannt. Ich erinnere mich auch sehr gut an dieses große Haus, das etwas an der Seite steht. Ich war dort und habe das Haus gleich erkannt.«

Interview am 7.3.2003 in Hamburg

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.3.2

5 Was bringt ihre/seine Aussage für die Rekonstruktion des historischen Phänomens?

6 Wollte die Zeitzeugin/der Zeitzeuge eine Botschaft für die Zukunft überbringen?

7 War ihre/seine Aussage für Sie überraschend? Begründen Sie bei den Fragen 5 bis 7 Ihre Antworten.

AUFGABE 2 | GRUNDLEGENDE

Plenum

Diskutieren Sie, inwiefern das Besuchsprogramm des Hamburger Senats zur Versöhnung beitragen kann.

»...DA ICH DAMALS NOCH EIN KLEINES KIND WAR.«

M1 Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mehrerer Besuchsgruppen waren in den Kriegsjahren als kleine Kinder zusammen mit ihren Eltern in Hamburg, sie hatten kaum eigene Erinnerungen an die Stadt. Für die-

M2 Aleksandra Wassiljewna Palwinskaja kam am 23.7.1944 im Universitätskrankenhaus Eppendorf zur Welt. Über ihren Vater hat sie nie Genaueres erfahren, sie vermutet jedoch, dass er Deutscher sein könnte. Zurück in Weißrussland, wurde ihre Mutter mehrmals vom sowjetischen Geheimdienst verhört, auch Aleksandra Wassiljewna erfuhr wegen ihres deutschen Geburtsortes Benachteiligungen. Erst als sie 2006 aus Hamburg eine Geburtsurkunde bekam, erfuhr sie ihr tatsächliches Geburtsdatum, bis dahin hatte sie immer den 1. Januar 1945 angegeben.

M3 »Die Ernährung sah so aus: Es gab [gekochte] Steckrüben zu essen. [...] Und meine Mutter erzählte: [Die deutsche] Frau gab mir bzw. meiner Mutter immer zwei solche Portionen, eine [für] mich als Kind. Später, als ich dann größer wurde, das erzählte meine Mutter, stampfte man für mich die Steckrüben und wickelte sie in Mullfetzen oder vielleicht in einen Strumpf. Man band es zu, damit ich mich nicht verschlucke, das andere Ende band sich die Mutter irgendwo fest. Meine Mutter arbeitete, während ich saß und an dieser Steckrübe lutschte und alles afaß, es blieb nur der Mull übrig. Das letzte Mal wurde meine Mutter verhört, das war im Jahre 1956. [...] Und sie musste auf solche Fragen antworten, wie: Wo war es? Wann und mit wem? Warum warst du in Gefangenschaft? [...] Dann kamen noch die Fragen: Warum sie mich mitgenommen hat, warum nicht dort gelassen hat? Solche Fragen stellten sie ihr. Ich war aber für meine Mutter eine große Freude. Es war sehr schwierig, sehr schwierig.«

Aleksandra Wassiljewna Palwinskaja im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern der Max-Brauer-Schule, 18.4.2007

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.3.2

AUFGABE 1 | GRUNDLEGENDE

Arbeitsgleiche Gruppenarbeit + Plenum

M2 Recherchieren Sie, wie die ideologische Haltung der Nationalsozialisten zu schwangeren Zwangsarbeiterinnen und ihren Kindern war und wie sie mit ihnen umgingen. Stellen Sie Ihr Ergebnis im Plenum vor.

jenigen unter ihnen, die in Hamburg geboren wurden, war die Reise an ihren Geburtsort besonders wichtig. Es stellte sich heraus, dass viele von ihnen in Hamburger Krankenhäusern zur Welt gekommen waren.

M4 Margarita Ossipowna Stepanowa wurde am 26.4.1943 in der Frauenklinik Finkenau geboren. Ihr Vater war ein polnischer Zwangsarbeiter, der noch vor Kriegsende in Hamburg bei einem Unfall starb. Margarita Ossipowna erfuhr von ihrer Mutter nur wenig über die Zeit in Hamburg und die Umstände ihrer Geburt. In Russland erhielt sie erstmals im Alter von 16 Jahren offizielle Papiere, als Geburtsland wurde, um Probleme zu vermeiden, »Russland« angegeben. Während ihres Besuchs in Hamburg 2009 bekam sie eine Geburtsurkunde überreicht.



M5 Margarita auf den Armen ihrer Mutter, vermutlich im Juni 1944 in Langenhorn

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.2

M6 »Ich bedauere, dass ich so wenig über meinen Vater weiß. Zu wenig. Ich weiß, dass er irgendwo aus der Umgebung von Krakau kommt. Seine Mutter war Westukrainerin, sein Vater Pole. Ich weiß, dass er eine Schwester hatte, aber ich weiß weder, wie sie hieß, noch ob sie älter oder jünger als er war. Mehr weiß ich nicht. [...] Ich hatte drei Briefe [von meinem Vater]. [...] Hier in Hamburg war er wohl in einem anderen Lager und schickte die Briefe in Mamas Lager. Er wusste, wo sie ist. [...] Ich weiß, dass am Ende jedes Briefes stand: »Pass auf unsere Tochter Ritchen auf«. Also wusste er natürlich, dass ich schon da bin.«

Margarita Ossipowna Stepanowa, Interview, 22.4.2009

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.3.2

AUFGABE 2 | GRUNDLEGENDE

Einzelarbeit + Plenum

M1, M2, M3, M4, M5, M6 Sammeln Sie Fragen, die Sie Aleksandra Wassiljewna und Margarita Ossipowna zu ihrer Situation als Töchter von Zwangsarbeiterinnen stellen möchten.

MENSCHEN, DIE IN ERINNERUNG GEBLIEBEN SIND

Viele ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter erwähnten in ihren Briefen einzelne Deutsche, die sie in guter Erinnerung behalten hatten: die Kollegin aus der Fabrik, die heimlich ein Butterbrot zugesteckt oder der Meister, der bei der Arbeit freundli-

che Worte gehabt hatte. Vielfach wurde der Wunsch geäußert zu erfahren, was aus diesen Menschen geworden sei, ihre Familien kennenzulernen, an Gräbern Blumen niederzulegen.

M1 »Als ich über diese wunderbare Frau, Johanne Günter, gesprochen habe, vergaß ich Folgendes zu erwähnen: Sie versorgte uns, unterstützte uns, war Mutter für uns alle. Wir nannten sie nicht Frau Günter. Nein, wir nannten sie zärtlich Babuschka. Ich weiß nicht genau, wie man es richtig übersetzt, vielleicht Großmütterchen, oder? Für uns alle war sie Babuschka. Sie war eine außergewöhnliche Frau mit einem großen Herzen. Sie strahlte so viel Wärme aus und hatte so ein wunderschönes Lächeln. Wenn sie uns anschaute, dann nie ohne ihr Lächeln. Sie bemühte sich, uns mit ihrem Lächeln aufzumuntern.«

Tamara Iwanowna Nassonowa (*1921) aus Russland arbeitete in der Jutespinnerei in Harburg, Johanne Günter war dort die einzige deutsche Arbeiterin in der Abteilung. – Interview, 1.6.2003

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.3.2

M2 »Ich würde gerne Hamburg besuchen und das Haus sehen, in dem ich geboren wurde und meine Eltern gearbeitet haben. Geboren am 29. Januar 1944 in Stade bei Hamburg, Dorf Grünendeich beim Bauern Jakob Hauschildt.«

Olga Kusminitschna Sergijenko aus der Ukraine, Brief, Oktober 2007

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.1.1

»Das Treffen mit Walter und Ida in Grünendeich, und der Besuch des Hauses, in dem ich geboren wurde, haben mich zutiefst berührt und tief beeindruckt.«

Olga Kusminitschna Sergijenko, Brief, Mai 2010

Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.1.1



M3 Auf die Berichterstattung hin meldete sich ein früherer Nachbarsjunge der Familie Hauschildt, der sich noch an Olga erinnern konnte und glücklich war, sie noch einmal treffen zu können.

Nordheide Elbe & Geest-
Wochenblatt, 27.3.2010



Olga auf dem Arm der Bäuerin und ein Nachbarsjunge

April 1945. Privatbesitz

AUFGABE 1 | ERHÖHT

Arbeitsteilige Gruppenarbeit + Plenum

M1 Finden Sie heraus, wer Johanne Günter war, warum sie Zwangsarbeit leisten musste und was aus ihr wurde. Nutzen Sie dazu die Hilfe der Geschichtswerkstatt Harburg und des Staatsarchivs. Stellen Sie Ihre Ergebnisse im Plenum vor.

AUFGABE 2 | ERHÖHT

Arbeitsteilige Gruppenarbeit + Plenum

M2, M3 Besorgen Sie sich den Artikel aus dem Nordheide Elbe & Geesthacht Wochenblatt und analysieren Sie den Artikel quellenkritisch. Präsentieren Sie Ihre Ergebnisse im Plenum.

GEDENKEN UND ERINNERN

M1 Hamburg tat sich in der Nachkriegszeit schwer, an die in der Stadt eingesetzten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge zu erinnern. [...] Auf dem Ohlsdorfer Friedhof wurde 1949 ein Mahnmal für die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung eingeweiht. Gräber ausländischer Verfolgter wurden als Kriegsgräber gepflegt, waren aber nur selten Ort für Gedenkveranstaltungen. Erst Ende der 1970er-Jahre rückten das KZ Neuengamme und seine Häftlinge in den Blick der Hamburger Öffent-

lichkeit und der Geschichtsforschung. 1981 eröffnete in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme ein Dokumentenhaus mit einer umfangreichen Ausstellung.

Inzwischen gibt es in Hamburg mehrere Gedenktafeln und Mahnmale zur Erinnerung an Zwangsarbeit und frühere Lagerstandorte. An deren Einweihung, so in Bahrenfeld, Stellingen und Bergedorf, nahmen ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter teil.



M2 Grabstelle der bei einem Bombenangriff im Juni 1944 umgekommenen 140 sowjetischen Zwangsarbeiterinnen der Philips-Valvo-Röhrenfabrik in Lokstedt, errichtet 1948. Die Inschrift auf dem aufrecht stehenden Stein lautet: »Hier ruhen 140 Russinnen. Sie starben während eines Bombenangriffs am 18.6.1944.« Davor liegen sechs Steintafeln mit den Namen und Geburtsdaten der gestorbenen Zwangsarbeiterinnen. Die meisten von ihnen waren zwischen 15 und 22 Jahre alt.

Foto: Katharina Hertz-Eichenrode
Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme, HH 3.5.7.4.2

M3 Ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Russland nahmen 2007 an der Einweihung einer von Schülerinnen und Schülern der Max-Brauer-Schule gestalteten Gedenktafel für das Lager Moortwiete teil. Die Schülerinnen und Schüler hatten zuvor die Geschichte des Lagers erforscht, das sich auf einem Teil des heutigen Schulgeländes befand, und Informationen zu den Fabriken zusammengetragen, in denen die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter gearbeitet hatten.

Foto: Katharina Hertz-Eichenrode
Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme,
HH 3.5.7.4.2



AUFGABE 1 | GRUNDLEGENDE

Plenum

M1 Diskutieren Sie, weshalb möglicherweise die Stadt Hamburg sich nur zögernd an die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter erinnern wollte.

AUFGABE 2 | GRUNDLEGENDE

Arbeitsgleiche Gruppenarbeit + Plenum

M1, M2, M3 Stellen Sie begründete Kriterien auf, um Formen der Erinnerung und des Gedenkens an ehemalige Zwangsarbeitskräfte plausibel zu beurteilen. Untersuchen Sie dann verschiedene Gedenkformen anhand dieser Kriterien. Diskutieren Sie abschließend, wie Sie sich an das Thema Zwangsarbeit in Hamburg erinnern wollen würden.

MEDIEN ZUM THEMA ZWANGSARBEIT

Literatur

Karl-Heinz Biehl, Zwangsarbeit im Hanseatischen Kettenwerk (Hak) in Langenhorn. Erinnerungsberichte, Firmengeschichte, Hamburg 2005 (www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/?id=748)

Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, 2. Aufl., Berlin 1986 (nur noch in Bibliotheken)

Klaus Körner, »Der Antrag ist abzulehnen«. 14 Vorwände gegen die Entschädigung von Zwangsarbeitern: eine deutsche Skandalgeschichte 1945–2000, Hamburg 2001
KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), Gedenkstätte Plattenhaus Poppenbüttel. Die Verfolgung von Frauen im nationalsozialistischen Hamburg und die Erinnerung an die Opfer, Hamburg, 2014. Gegen eine Bereitstellungs-

pauschale von zwei Euro bei der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg erhältlich

Friederike Littmann, Ausländische Zwangsarbeiter in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939–1945, Hamburg 2006

Christoph U. Schminck-Gustavus, Das Heimweh des Walerjan Wróbel. Ein Knabe vor Gericht 1941/42, Bremen 2007 (auch als DVD/VHS-Kassette erhältl. beim Medienverleih des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung, <http://li.hamburg.de/medienverleih>).

Gesa Anne Trojan, Das Lager im Dorf lassen. Das KZ Neuengamme in der lokalen Erinnerung, Hamburg, 2014

Karl-Heinz Zietlow, Unrecht nicht vergessen 1939–1945. Zwangsarbeiter u. KZ-Häftlinge in Hamburg-Langenhorn, Hamburg, o. J. (www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/?id=592)

AV-Medien

»Alle diese Jahre konnte ich Hamburg nicht vergessen«, Die Begegnung ehemaliger Zwangsarbeiter aus Russland, Weißrussland und der Ukraine mit zwei Schülergruppen der Max-Brauer-Schule, die gemeinsame Begehung der historischen Orte und die Einweihung einer von Schülern entwickelten Gedenktafel für das Zwangsarbeiterlager Moortwiete, Video von Jürgen Kinter im Auftrag des Freundeskreises der KZ-Gedenkstätte Neuengamme e.V., DVD, 35 Min., Hamburg 2007 (www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/?id=1298)

»Wir hätten ins KZ kommen können«. Wiedersehen nach 57 Jahren. Die russische Zwangsarbeiterin Maria und ihre deutsche Arbeitskollegin Lydia treffen sich nach 57 Jahren wieder, Video von Jürgen Kinter im Auftrag des Freundeskreises KZ-Gedenkstätte Neuengamme e.V.

und der Geschichtswerkstatt Wilhelmsburg e.V., DVD, 33 Min., Hamburg 2003 (www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/?id=648)

Zur Zwangsarbeit nach Hamburg. Eine Spurensuche mit Pelegaja Mischustina und Igor Litwinow, Videofilm von Jürgen Kinter in Zs.-arb. mit dem Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme, DVD, 47 Min., Hamburg 2012; erhältlich über die KZ-Gedenkstätte Neuengamme, www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/?id=3384

Zwangsarbeit 1939–1945. Erinnerungen und Geschichte. Zeitzeugen-Interviews für den Unterricht, ein Projekt der Bundeszentrale für politische Bildung und der Freien Universität Berlin, DVD + Lehrerheft, beides bestellbar bei der Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/shop/multimedia/dvd-cd/

Websites

www.ausstellung-zwangsarbeit.org Website zur internationalen Wanderausstellung »Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg«. Eine Ausstellung der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, initiiert und gefördert von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft

www.stiftung-evz.de Die Website der Stiftung, die im Jahr 2000 gegründet wurde, um vor allem Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter zu leisten. Außerdem fördert die Stiftung Projekte in den Bereichen Auseinandersetzung mit der Geschichte, Handeln für Menschenrechte und Engagement für Opfer des Nationalsozialismus.

www.zwangsarbeit-archiv.de Zwangsarbeit 1939–1945. Erinnerungen und Geschichte. Eine Kooperation der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft mit der Freien Universität Berlin und dem Deutschen Historischen Museum

www.zwangsarbeit-in-hamburg.de Eine interaktive Karte, die die Zwangsarbeit in der Hamburger Kriegswirtschaft von 1939 bis 1945 dokumentiert; ein Booklet mit ausführlichen Hintergrundinformationen lässt sich als PDF von der Website herunterladen.

www.geschichtswerkstatt-billstedt.de/pages/zwangsarbeit.php ein Interview mit zwei ehemaligen Zwangsarbeiterinnen in Billstedt aus dem Jahr 2010

